Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.04.2023 bis 31.03.2024

Name der Organisation: BDSK Handels GmbH & Co. KG

Anschrift: Mergentheimer Str. 59, 97084 Würzburg

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	3
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	7
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	9
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	9
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	14
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	16
B5. Kommunikation der Ergebnisse	20
B6. Änderungen der Risikodisposition	21
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	22
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	22
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	23
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	24
D. Beschwerdeverfahren	25
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	25
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	29
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	31
E. Überprüfung des Risikomanagements	32

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Sascha Matzner, Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragter

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

Zwischen dem Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragten und der Geschäftsleitung besteht ein funktionierender interner Berichtsweg, der Grundlage für ein regelmäßiges internes Konzernberichtswesen zwischen Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragten und Geschäftsleitung nach dem LkSG ist. Der Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragte gibt turnusmäßig einmal jährlich und bei Bedarf unterjährig seinen Bericht ab. In der Regel wird mündlich berichtet. Schriftliche Unterlagen werden bei Bedarf beigelegt oder hinzugezogen.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzerklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzerklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzerklärung wurde hochgeladen

https://xxxlutz.a.bigcontent.io/v1/static/NCMy_x3e_lj6bBTpoZ0wCmVw/lksg_lieferkettensorgfaltspflichtengesetz_grundsatzerklärung_24_de_en.pdf

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

Die Grundsatzklärung wurde auf allen abrufbaren deutschen Websites – für den internen und externen Abruf - veröffentlicht. Die Grundsatzklärung soll in Einzelfällen auch an Lieferanten im Rahmen der Vertragsdokumentation übermittelt werden.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung der festgestellten prioritären Risiken
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Die Ergebnisse der aktuellen jährlichen Risikoanalyse unmittelbarer Lieferanten – soweit für die Grundsatzklärung erforderlich - wurden für den Berichtszeitraum eingefügt und die Grundsatzklärung aktualisiert.

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Einkauf/Beschaffung
- Zulieferermanagement
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance
- Qualitätsmanagement

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

Die Menschenrechtsstrategie der BDSK wird von der Geschäftsleitung verantwortet und umgesetzt. Die BDSK hat neben dem Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragten zusätzlich eine Risikobeauftragte bestellt und diese entsprechend instruiert und geschult. Aufgabe der Risikobeauftragten ist es unter anderem, die Geschäftsleitung bei der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie in der Unternehmensgruppe der BDSK und der Einrichtung eines Risikomanagements zu unterstützen. Die Geschäftsleitung und die Risikobeauftragte haben hierfür ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet, das sukzessive umgesetzt wird.

Diese Strukturen werden weiter fortlaufend ausgebaut, ergänzt und soweit erforderlich in weiteren Abteilungen der BDSK verankert.

Die Koordination der Umsetzung der Strategie liegt bei der Risikobeauftragten. In den relevanten Abteilungen wurden und werden zusätzlich Ansprechpartner und Verantwortliche benannt, mit denen die Risikobeauftragte im ständigen Austausch und in der konkreten Umsetzung für die jeweilige Abteilung ist.

Die Bereiche Einkauf/Beschaffung und Zuliefermanagement tragen die Verantwortung für die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie bei unseren Zulieferern. Die Anforderungen und Erwartungen der BDSK sind klar im Verhaltenskodex für Lieferanten festgehalten.

Die Bereiche CSR/Nachhaltigkeit, Recht/Compliance und Qualitätsmanagement tragen die Verantwortung für die generelle Umsetzung unserer Standards zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt, wie Sie in unserer Grundsatzerklärung und dem Verhaltenskodex für Lieferanten beschrieben sind. Das Qualitätsmanagement ist hier v.a. auch für die stetige

Verbesserung der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie zuständig.

Die Bereiche Personal/HR sind vorwiegend für die Umsetzung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten nach dem LkSG im eigenen Geschäftsbereich verantwortlich, v.a. durch die Bereitstellung und Durchführung von Schulungen.

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

Die Menschenrechtsstrategie ist besonders in den operativen Prozessen unserer Beschaffung integriert. Hier werden in der Regel alle Lieferanten, bevor eine Geschäftsbeziehung eingegangen wird, auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken überprüft. Sollten Lieferanten nicht den Anforderungen unserer Menschenrechtsstrategie entsprechen, fordern wir eine Nachbesserung der Standards bzw. sehen als ultima ratio auch von einer Aufnahme oder Fortführung einer Geschäftsbeziehung ab, sollten die Standards auch nach mehrfacher Nachbesserung nicht erreicht werden. Entsprechende Schulungen, um die Einkäufer über unsere Menschenrechtsstrategie aufzuklären, wurden durchgeführt. Fällt die Prüfung eines Zulieferers positiv aus, wird unter anderem der Verhaltenskodex als Vertragsbestandteil mit den Vertragsunterlagen versendet.

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

Für die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation werden folgende Ressourcen & Expertise bereitgestellt:

- Bereich Personal/HR: Expertise für Auswahl und Bereitstellung von Schulungen
- Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement: Leitung Instandhaltung als Experte für die Überwachung und Einhaltung des Arbeitsschutzes
- Bereich Einkauf/Beschaffung und Zulieferermanagement: Expertise für Einkaufspraktiken und Zusammenarbeit mit Zulieferern
- Bereich CSR/Nachhaltigkeit: Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragter als Experte für die gesetzlichen Anforderungen im CSR-Kontext und die Kontrolle der Umsetzung dieser
- Bereich Recht/Compliance: Expertise für Umsetzung der Erstellung und Anpassung von Lieferantenverträgen, Verhaltenskodex für Lieferanten und Grundsatzklärung
- Bereich Qualitätsmanagement: Risikobeauftragte als Expertin für Umsetzung der Anforderungen, Leitung Qualitätsmanagement als Experte für Risiken im Einkauf
- Externe juristische Beratung: Generelle und umfassende LkSG-Expertise für alle relevanten Bereiche

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

Die jährliche Risikoanalyse unmittelbarer Lieferanten wurde im März 2024 vor Ablauf des Geschäftsjahres abgeschlossen.

Die jährliche Risikoanalyse im eigenen Geschäftsbereich wurde im April 2023 durchgeführt.

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Unmittelbare Zulieferer:

Im Rahmen der abstrakten Risikoanalyse wurden die unmittelbaren Zulieferer mit Hilfe des CSR-Risikochecks aufgrund Ihres Standortes, ihres Wertschöpfungsbeitrags und Ihrer Branche bewertet. Hierbei sind die Risiken der Zulieferer mit Sitz in Deutschland und geringen Umsätzen als niedriger priorisiert worden. Es wurde insoweit angenommen, dass die in Deutschland strenge nationale Gesetzgebungen existieren und der relevante Wertschöpfungsbeitrag der Lieferanten für die BDSK geringer ist. Die deutschen Zulieferer mit hohen Umsätzen wurden in jedem Fall in die konkrete Risikoanalyse der BDSK aufgenommen.

Weiterhin wurde die konkrete Risikoanalyse unmittelbarer Zulieferer mit Hilfe der Anwendung des Risikoanalysesoftware OneTrust durchgeführt, welche die Zulieferer durch einen risikobasierten Mechanismus bewertet. Unter anderem trägt diese alle online verfügbaren Treffer u.a. sämtlicher internationaler Medien und weiterer relevanter Quellen zusammen, basierend auf Firmennamen, Branche und Standort. Alle Treffer wurden stets durch die Risikobeauftragte nochmals individuell und sorgfältig überprüft und verifiziert. Anschließend werden alle gefundenen Risiken bewertet, gewichtet und priorisiert.

Eigener Geschäftsbereich:

Im Rahmen der abstrakten Risikoanalyse des eigenen Geschäftsbereichs wurde dieser mit Hilfe des CSR-Risikochecks bewertet. Anschließend wurde den Ergebnissen in den entsprechenden Abteilungen nachgegangen, um ggf. konkrete menschenrechtliche Risiken im eigenen Geschäftsbereich zu identifizieren.

Außerdem werden interne Meldungen des Beschwerdesystems der BDSK und sonstige interne Hinweise in der BDSK-Gruppe auf mögliche Risiken geprüft.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Nein

Begründen Sie Ihre Antwort.

Es gab keine Anlässe für eine anlassbezogene Risikoanalyse bis zum Schluss des Geschäftsjahres am 31.03.2024.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Keine

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis der Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit
- Ja, auf Basis der Art des Verursachungsbeitrags

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Die unmittelbaren Zulieferer mit Risiken wurden entlang folgender Kriterien priorisiert:

Zuerst wurden jene Risiken höher priorisiert, welche besonders schwerwiegend sind. Dies bezieht sich auf den Schweregrad, welcher auch die Dauer und Häufigkeit der Verletzung berücksichtigt. Neben der Anzahl der Personen, welche von der Verletzung betroffen sind, wird auch die Unumkehrbarkeit einbezogen.

Das eigene Einflussvermögen wird als hoch angesehen, falls der Zulieferer Teil des Kerngeschäftes ist, und als niedrig, falls der Zulieferer nicht Teil des Kerngeschäftes ist.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als hoch betrachtet, wenn der Zulieferer Teil einer risikoreichen Branche ist, oder ein grundlegendes hohes Risiko durch seinen Standort hat. Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit werden anhand des Umsatzes bemessen, welchen der Zulieferer durch unser Unternehmen verzeichnet.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Im Berichtszeitraum wurden weder Menschenrechtsrisiken noch umweltbezogene Risiken im eigenen Geschäftsbereich festgestellt. Eine Priorisierung war daher nicht erforderlich.

Zur Erläuterung: Während der abstrakten Risikoanalyse im eigenen Geschäftsbereich wurden durch den CSR-Risiko-Check generelle Risiken für Branchen und Länder vorgeschlagen. Diese konnten sich durch eine konkrete Risikoprüfung der jeweiligen Bereiche des eigenen Geschäftsbereichs aber nicht bestätigen und wurden folglich nicht priorisiert.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Keine

Falls keine Präventionsmaßnahmen ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Es wurden keine Präventionsmaßnahmen für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt, da keine Risiken festgestellt wurden.

Um generell menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken im eigenen Geschäftsbereich entgegenzuwirken, implementieren wir derzeit eine einheitliche Datenbasis für den ESG-Bereich mithilfe einer spezialisierten Softwarelösung. Dies wird uns unter anderem ermöglichen, die vielfältigen Anforderungen des LkSGs, der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und zukünftig der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CS3D) effizienter zu erfüllen. Darüber hinaus optimieren wir kontinuierlich unser Netzwerk relevanter Stakeholder, um besser auf deren Anforderungen eingehen zu können. Ausgehend von einer soliden Datenbasis, können wir uns zukünftig weitere ESG-Ziele setzen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

Um welches konkrete Risiko geht es?

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Arbeitsunfällen bei verschiedenen Zulieferern, welche in den jeweiligen Fällen auf ein aktuelles Risiko im Bereich Arbeitssicherheit / Arbeitsschutz hindeuten könnten.

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland
- Jemen
- Österreich
- Pakistan
- Singapur
- Vereinigte Staaten (USA)

Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen

Um welches konkrete Risiko geht es?

In der Vergangenheit wurde mehrfach über mögliche zu umweltschädliche Umstände bei verschiedenen Zulieferern berichtet, welche auf ein aktuelles Risiko hindeuten können. Hier kann es zu gesundheitsschädigenden Luft- und Wasserverunreinigungen mit möglichen menschenrechtlichen Folgen für die Betroffenen kommen.

Wo tritt das Risiko auf?

- Dänemark
- Deutschland
- Pakistan

Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

Um welches konkrete Risiko geht es?

In der Vergangenheit kam es zu einem Vorfall, welcher auf ein mögliches Risiko hindeutet. Hierbei wurden die zulässigen Quecksilber-Richtwerte überschritten.

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Durch die oben genannten Schulungen der Einkaufsbereiche konnten ebenfalls unsere Erwartungen bei der Zuliefererauswahl in den Einkaufsbereichen umgesetzt werden. Diese Erwartungen spiegeln sich in unserem Verhaltenskodex für Lieferanten wider, die an relevante Lieferanten versandt wurden.

Unsere Anforderungen im Rahmen des LkSGs sind wichtiger Bestandteil unserer Lieferantenverträge und der Vertragsbausteine, die wir als Präventivmaßnahmen verwenden. Diese ermöglichen uns eine klare Kommunikation unserer Standards und erlauben uns im Fall eines Risikos entsprechende Kontrollen und Maßnahmen bei Lieferanten durchzuführen. Die Vertragsklauseln adressieren die Einhaltung der Grundsätze zur Achtung der Menschenrechte und Schutz der Umwelt, die Möglichkeit risikobasierter Kontrollen, mögliche Abhilfemaßnahmen und ein Sonderkündigungsrecht, sollte zuvor genannten Grundsätzen widersprochen werden. Zudem inkludieren die Vertragsklauseln den Verhaltenskodex für Lieferanten.

Kategorie: Beschaffungsstrategie & Einkaufspraktiken

ausgewählt:

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und inwieweit die Festlegung von Lieferzeiten, von Einkaufspreisen oder die Dauer von Vertragsbeziehungen angepasst wurden.

Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern, bezüglich Beschaffungsstrategie und Einkaufspraktiken, wurden Schulungen in unseren verschiedenen Einkaufsbereichen durchgeführt. In diesen Schulungen wurden unsere Einkäufer über die Anforderungen des LkSGs und mögliche Risiken informiert. Dies sollte dazu dienen, dass die Einkäufer in bestehenden wie in neuen Geschäftsbeziehungen auf die Einhaltung der Menschenrechte und das Abstellen von Risiken hinwirken können.

Zudem halten wir unsere Anforderungen in einem Verhaltenskodex für Lieferanten fest. Dieser wird an alle unmittelbaren Zulieferer versandt.

Weiterhin wurden alle unmittelbaren Zulieferer, bei welchen ein potenzielles Risiko festgestellt wurde, mit Hilfe eines Fragebogens um eine Stellungnahme gebeten. Dies gab den betreffenden Lieferanten die Möglichkeit, das Risiko zu bestätigen und Schritte aufzuführen und einzuleiten, die zu unternommen sind, um das Risiko zu minimieren bzw. zu beenden.

Die Festlegung von Lieferzeiten, von Einkaufspreisen und die Dauer von Vertragsbeziehungen werden je nach Marktlage angepasst.

Beschreiben Sie, inwiefern Anpassungen in der eigenen Beschaffungsstrategie und den Einkaufspraktiken zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken beitragen sollen.

Die Schulungen der Einkaufsabteilungen tragen dazu bei, dass die Einkäufer für mögliche Risiken in unserer Lieferkette sensibilisiert werden und neue Lieferanten mit möglichen Risiken vermeiden oder minimieren können. Dadurch wird sichergestellt, dass bei unmittelbaren Zulieferern der Arbeitsschutz eingehalten wird, es zu keinen Umweltverunreinigungen kommt und kein Quecksilber verwendet wird.

Der Versand der Fragebögen an die Lieferanten soll diese vor allem für die möglichen Risiken sensibilisieren und eine Zusammenarbeit stärken, die unseren sozialen und ökologischen Ansprüchen genügt. Zudem machen wir den Lieferanten dadurch auf ein mögliches Risiko aufmerksam, was diesen ggf. ermöglicht, notwendige Schritte einzuleiten. So wird sichergestellt, dass der Arbeitsschutz und Umweltschutz eingehalten werden. Unsere Einkäufer haben die klare Anweisung, die Lieferanten zu ein menschenrechtskonformen Lieferbeziehung anzuhalten.

Der Verhaltenskodex für Lieferanten beinhaltet alle von uns gesetzten sozialen und ökologischen Standards und Erwartungen an unsere Lieferanten und verdeutlicht, dass wir nicht standardgemäße Praktiken oder Vorkommnisse nicht akzeptieren.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum wurde die Missachtung der Koalitionsfreiheit und die Ungleichbehandlung in Beschäftigung für den aktuellen Berichtszeitraum nicht priorisiert. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen wurde im vergangenen und im aktuellen Berichtszeitraum priorisiert. Neue Risiken, welche im vorangegangenen Berichtszeitraum nicht priorisiert wurden, sind die Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und die Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber.

Außerdem wurde die Art und Weise der Durchführung der Risikoanalyse dahingehend geändert, dass die Risikoanalyse im Vorjahr (hierbei handelte es sich nach dem Inkrafttreten des LkSG um ein sehr kurzes Rumpfgeschäftsjahr) im Wesentlichen noch auf abstrakter Datenbasis durchgeführt wurde. Im aktuellen Geschäftsjahr hat auch eine konkrete softwaregestützte und individuell durchgeführte Risikoanalyse stattgefunden hat.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Die potenziell risikobehafteten Bereiche im Unternehmen wurden über mögliche Risiken aufgeklärt. Die Ansprechpartner aus diesen Bereichen sind dazu aufgefordert bei möglichen Verletzungen direkt auf die Risikobeauftragte zuzukommen.

Allen Mitarbeitenden steht die Möglichkeit offen sich jederzeit an die Personalabteilung oder ihre Führungskraft zu wenden, sollte ein Verstoß festgestellt werden.

Weiterhin können mögliche Verletzungen über das Beschwerdesystem der BDSK gemeldet werden.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Mögliche Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern können durch OneTrust festgestellt werden. Hier werden alle unmittelbaren Lieferanten permanent überwacht und mögliche menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Verletzungen durch das System angezeigt. Potenzielle Verletzungen werden durch die Risikobeauftragte nochmals individuell geprüft und verifiziert.

Weiterhin können mögliche Verletzungen über das Beschwerdesystem der BDSK gemeldet werden.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Unternehmenseigenes Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

Die BDSK mit Sitz in Würzburg hat zum 1. Januar 2023 ein angemessenes Beschwerdeverfahren gemäß § 8 LkSG eingerichtet. Das unternehmensinterne Beschwerdeverfahren wird von der BDSK mit Unterstützung des externen Dienstleisters OneTrust betrieben. Dabei können die hinweisgebenden Personen Ihre Meldung über das Online-System, welches auf unseren deutschen Webseiten bereitgestellt wird, oder telefonisch abgeben. Die Meldung wird zur weiteren Bearbeitung an besonders verpflichtete Mitarbeitende der BDSK weitergeleitet.

Die besonderen Verschwiegenheits- und Unabhängigkeitsanforderungen an OneTrust wurden im Rahmen der Beauftragung des Dienstleisters durch entsprechende Zusagen von OneTrust berücksichtigt. Die auf Seiten der BDSK mit der Bearbeitung der Beschwerden betrauten Personen wurden speziell für ihre Aufgabe geschult und eingewiesen.

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

-

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Datei wurde hochgeladen

Zur Verfahrensordnung:

https://xxxlutz.a.bigcontent.io/v1/static/NCoO5ugKhPxNGyfP7EWuBzMQ/lksg_lieferkettensorgfaltspflichtengesetz_verfahrensordnung_24_de_en.pdf

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

Die Risikobeauftragte und eine Mitarbeiterin aus dem Datenschutz erhalten eingehende Meldungen und bearbeiten diese.

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Das Beschwerdesystem der BDSK ermöglicht es den Hinweisgebenden Ihre Meldung völlig anonym abzugeben, wodurch deren Identität geschützt wird. Weiterhin sind die hinweisempfangenden Personen bei der BDSK besonders geschult und in ihre Pflichten u.a. zur Verschwiegenheit, Weisungsungebundenheit und Unparteilichkeit im Umgang mit Hinweisgebern verpflichtet. Sollte die Bearbeitung einer Meldung verlangen, dass weitere Personen, aufgrund Ihrer Expertise, involviert werden, werden diese ebenfalls zur Verschwiegenheit aufgefordert. Hierbei werden die Daten der meldenden Person, wenn überhaupt, nur mit deren Einverständnis weitergegeben.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Das unparteiische und verschwiegene Handeln der Hinweisempfängerinnen ist durch eine Anlage zum Arbeitsvertrag sichergestellt. Außerdem wurden sie speziell hinsichtlich des Schutzes der Hinweisgebenden geschult.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Nein

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Ressourcen & Expertise
- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

Die Verantwortung für die Überprüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements liegt bei dem Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragten. Die einzelnen Bereiche werden permanent überwacht und bei Bedarf werden Anpassungen vorgenommen.

Der Bereich Ressourcen und Expertise wird fortwährend vom Menschenrechts- und Umweltschutzbeauftragten mit Unterstützung der Risikobeauftragten auf die Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft. Sollte hierbei festgestellt werden, dass Ressourcen fehlen oder die Expertise nicht ausreichend ist, werden Maßnahmen getroffen, um die Wirksamkeit zu gewährleisten. Mögliche Maßnahmen hierbei sind eine Ausweitung der Ressourcen oder die Umgestaltung der Expertise.

Die Angemessenheit und Wirksamkeit des Prozesses der Risikoanalyse und Priorisierung werden dauernd überwacht. Falls möglich, werden aufgedeckte Verbesserungspotenziale bezüglich der Methodik umgehend umgesetzt. Falls dies zeitnah nicht möglich sein sollte, werden Maßnahmen getroffen, um die Anpassungen spätestens bis zur nächsten Risikoanalyse umzusetzen. Weiterhin wird eng mit Softwareanbieter OneTrust zusammengearbeitet, um die eingesetzte Software weiter an die individuellen Anforderungen anzupassen und die Wirksamkeit zu gewährleisten.

Sollten Präventions- oder Abhilfemaßnahmen nicht zu der erwünschten Minimierung oder Beendigung eines bestimmten Risikos führen, ist vorgesehen, dass hier Nachforschungen angestellt werden, um die Ursache festzustellen. Nachfolgend sollen entsprechende Anpassungen basierend auf der Ursache getroffen werden.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des Beschwerdeverfahrens zu verbessern, wurden neue Hinweisempfängerinnen bestimmt. Diese sind die Risikobeauftragte selbst und eine Mitarbeiterin aus dem Datenschutz. Die gemeinsame Expertise der genannten Mitarbeiterinnen ermöglicht es die eingehenden Meldungen noch effektiver zu bearbeiten. Das Beschwerdeverfahren wird von den Hinweisempfängern auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft. Sollte hier Verbesserungspotenzial identifiziert werden, werden Anpassungsvorschläge mit den systemseitigen Verantwortlichen ausgearbeitet und umgesetzt.

Die Angemessenheit und Wirksamkeit der Dokumentation wird laufend von der Risikobeauftragten überprüft und bei Bedarf ergänzt.

Ein unabhängiger externer Berater überprüft bereichsübergreifend alle relevanten Prozesse. Durch seine Fachexpertise kann er Verbesserungspotenziale in Bezug auf die Angemessenheit und Wirksamkeit dieser Prozesse identifizieren und gegebenenfalls Optimierungsmaßnahmen einleiten. Menschen- und Umweltschutzbeauftragte ist in all diese Prozesse eng eingebunden und wirkt bei ihrer Umsetzung mit.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Ressourcen & Expertise
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

Der Menschen- und Umweltschutzbeauftragte verantwortet die Überprüfung des Risikomanagement. Durch die Bündelung unterschiedlichster Ressourcen und Expertisen wird das Interesse zahlreicher Stakeholder eingebunden und werden berücksichtigt. Hier werden nicht nur die Interessen unserer Beschäftigten inkludiert, sondern beispielsweise durch die Einkaufsabteilungen auch die der Lieferanten.

Bei der Ausarbeitung von Präventionsmaßnahmen und Abhilfemaßnahmen sollen die Interessen der Betroffenen berücksichtigt werden.

Das Beschwerdesystem von OneTrust ist speziell darauf ausgelegt Betroffenen die Möglichkeit zu geben Ihre Meldungen geschützt abzugeben. Durch die Zusammenarbeit mit OneTrust bedienen wir uns eines Anbieters mit langjähriger Erfahrung darin die Anforderungen der Betroffenen zu berücksichtigen.